

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Localblatt für Wilsdruff.

Altanneberg, Birkenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Burkhardtswalde, Croitzsch, Grumbach, Gaus bei Mohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Sandberg, Hühndorf, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lamersdorf, Rimbach, Roggen, Mohorn, Wittig-Croitzsch, Kunzig, Neufirch, Neutanneberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Bohrsdorf, Röhrsdorf bei Wilsdruff, Roitzsch, Rothschönberg mit Berne, Sachsdorf, Samiebewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Mohorn, Seeligstadt, Spechtshausen, Taubenheim, Untersdorf, Weistroy, Wildberg.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 Mk. 54 Pf. Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittags 12 Uhr angenommen. — Inertionspreis 15 Pf. pro viergespaltene Corpuzelle.

Druck und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion Martin Berger selbst.

No. 16.

Donnerstag, den 3. Februar 1903.

62. Jahrg.

An Stelle des von Wilsdruff verzogenen Rechtsanwaltes **Burjan** ist Herr Bürgermeister **Kahlenberger** in Wilsdruff als städtischer Vertreter in die Bezirksversammlung gewählt worden. Meissen, am 30. Januar 1903.

Königliche Amtshauptmannschaft. von Schroeter.

533 A.

St.

Politische Rundschau.

Vom Kaiserhofe. Beide Majestäten machten Montag einen Spazierritt und besuchten das Kunstgewerbemuseum. Am Dienstag sprach der Kaiser gelegentlich seines Spaziergangs beim Reichskanzler vor. Später hörte er Vorträge. Deutscher Reichstag. Zu Beginn der Dienstagssitzung widmete Vizepräsident Graf Stolberg dem toben verstorbenen Staatsminister v. Delbrück einen ehrenden Nachruf. Dann trat das Haus in die Beratung des Etats des Reichstags ein. Abg. Bachnick (fr. Berg.) wünschte eine Nachprüfung der Geschäftsordnung, desgleichen Abg. Singer (Soz.), der weiter verlangte, dem Publikum den Zutritt zur Wandelhalle zu erleichtern. Auch nannte Redner es ein „Malheur“, daß man jetzt nicht einen Präsidenten des Hauses, sondern der Mehrheit habe. Abg. Bachem (Ztr.) verheißte die Abänderung der Geschäftsordnung. Der Etat wurde genehmigt, und es folgte der Etat des Reichskanzlers, wozu der freisinnige Antrag auf Neueinteilung der Reichstagswahlkreise vorlag. Abg. Spahn (Ztr.) fragte nach den Däten. Reichskanzler Graf Bülow erwiderte, er verschleie sich den dafür sprechenden Zweckmäßigkeitsgründen nicht, aber er könne über die Ansicht der verbündeten Regierungen nicht so hinweggehen. Vielfach halte man ausgleichende Maßnahmen für nötig: Heraushebung der Altersgrenze und Einführung der Wahlpflicht. Das wolle aber das hohe Haus nicht. Was die gleichfalls vom Vordredner gewünschte Aufhebung des Jesuitengesetzes anlangt, so finde die Zulassung von Ordensniederlassungen die Zustimmung der Regierungen nicht. Dagegen erscheine es ihnen nicht länger notwendig, daß auch die einzelnen Reichsangehörigen, die dem Jesuitenorden angehören, dem bisherigen Ausnahmezustand unterstellt bleiben. Abg. Spahn (Ztr.) dankte; es müsse aber nach wie vor Aufhebung des ganzen Gesetzes gefordert werden. Abg. Fürst Bismarck bekämpfte das Verlangen nach Däten. Nach dem noch andere Redner gesprochen, wurde die Weiterberatung auf Mittwoch vertagt.

Das neue Wahlreglement für den Reichstag wird, wie der „Tag“ mittheilt, im Bundesrath in den nächsten Tagen beraten und selbstverständlich angenommen werden. Entgegen den bisherigen Nachrichten soll der Entwurf dem Reichstage nicht zur Genehmigung unterbreitet werden, da der Bundesrath der Aufschauung ist, es handle sich hier nicht um ein Gesetz, sondern nur um eine Verordnung. Die Kosten für die Ausführung sollen auf die einzelnen Staatsklassen übernommen werden. Es sind, wie bekannt, nicht bloß Umschlüge herzustellen, in welche die Wahlzettel hineingelegt werden sollen, sondern auch, wo sie nicht vorhanden sind, Nebenräume, etwa durch Aufstellung von spanischen Wänden, zu schaffen, in welchem das Einlegen der Wahlzettel in die Couverts unbemerkt geschehen kann.

Der deutsche Landwirtschaftsrath trat gestern zu seiner 31. Plenarversammlung zusammen. Gleich in der ersten Sitzung kam es zu bemerkenswerthen Auseinandersetzungen. Reichstagsabgeordneter v. Oldenburg beantragte eine Resolution, durch welche die Zustimmung des ständigen Ausschusses zum Antrage v. Kardorff genehmigt wird. Dieser Resolution handelte eine solche des Herrn v. Ow-Württemberg gegenüber, wonach das Vorgehen des Ausschusses gebilligt und über den Antrag v. Oldenburg zur Tagesordnung übergegangen wird. Der Antrag Ow wurde mit 40 gegen 16 Stimmen angenommen. 12 Mitglieder, meist Angehörige des Ausschusses, enthielten sich der Abstimmung. — Am morgigen Donnerstag veranstaltet der Landwirtschaftsrath das übliche Festessen,

zu dem der Reichskanzler, der Landwirtschaftsminister v. Bobbielack und die Minister v. Hammerstein und v. Rheinbaben ihr Erscheinen bereits zugesagt haben. Graf Bülow wird an die offizielle Vereinerung der deutschen Landwirtschaft bei dieser Gelegenheit eine Ansprache richten.

Die dem Reichstag toben zugegangene Denkschrift über unser ostasiatisches Schutzgebiet Kiautschou schildert die Verhältnisse dajelbst günstig. Von großer Bedeutung ist namentlich die Gewinnung von Kohlen im chinesischen Hinterland, über die der Bericht erst ausführliche Erfahrungen abwarten will, die sich aber schon heute als brauchbarer erweisen, wie die seither benutzten japanischen Kohlen. Die Handelsentwicklung zeigt einen erfreulichen Aufschwung in der Einfuhr von Waaren nicht chinesischen Ursprungs, auch die Ausfuhr hat sich gehoben. Die gesundheitlichen Verhältnisse der Kolonie haben sich infolge der getroffenen sanitären Maßnahmen erfreulich gestaltet, die Bauhätigkeit war eine rege, die Fortschritte der Forstplantagen und Obplantagen war erfreulich. Auch auf dem Gebiete des Unterrichts sind heilsame Neuerungen eingeführt.

Der stellvertretende Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika, Major v. Esch, ist aus seinem Wirkungskreise abberufen worden. Seine Abberufung erfolgte wegen eines Vertrages zwischen ihm und einer Boerendeputation, dem zufolge einer ganzen Anzahl von Boerenfamilien, die in das deutsch-südwestafrikanische Gebiet einwandern wollten, gewisse religiöse Sonderrechte eingeräumt werden sollten. Das Berliner Auswärtige Amt hat jedoch diesen Vertrag nicht genehmigt.

Von Venezuela nichts Neues, noch immer nicht das erlösende Wort, daß die Streitfrage nun endlich beigelegt ist. Zum Ersatz dafür nur Versicherungen über Versicherungen von einem glatten Verlauf der diplomatischen Verhandlung und der begründeten Hoffnung auf ein baldiges günstiges Resultat derselben. Die neue Verabredung ist durch Castro herbeigeführt worden, der dem Wunsche der vereinigten Mächte, ihren Forderungen Vorschritt einzuräumen, widerstrebt. Die Folge davon ist verhängnisvolle Blockade. Da Castro weder bei Amerika noch sonst einer der der Mächte-Bereinigungen nicht angehörigen Mächte Gehör findet, so sieht ja zu hoffen, daß er bald würde und nachgeben wird. Mit Sicherheit darf man annehmen, daß die Lösung schließlich in der Gestalt eines Kompromisses stattfinden wird.

Ohm Krüger soll in trüber Stumpfheit seiner Auflösung entgegenbämmern. Wenigstens meldet die Rhein-Westf. Ztg., die allgemeine Niedergeschlagenheit sei derartig, daß Krüger sogar seine Bibellesung eingestellt habe. Die Kräfte nehmen von Tag zu Tag ab, und die Umgebung hätte fast alle Hoffnung auf Genesung aufgegeben. Vor Allem habe die unabweisliche Sehnsucht nach der Heimath diesen Stamm untergraben. Es heißt, seine Bitte, in die Heimath zurückkehren zu dürfen, sei abgeschlagen worden. Krüger befindet sich bekanntlich im Süden in Mentone. — Präsident Steijns Gesundheit bessert sich dagegen nach einem Bericht aus Clarens am Genfer See tagtäglich. — In Kapstadt ist der frühere Boerengeneral Prinsloo gestorben, der eine unrühmliche Rolle spielte, indem er bei Fouriesburg im Juli 1900 mit 4000 Mann ohne Kampf sich ergab.

König Eduard von England hat sich eine schwere Erkältung zugezogen, er hat Fieber und muß das Zimmer hüten. Es handelt sich bei der Krankheit wohl um einen Influenza-Anfall.

Das Meerüberniesen im Rothen Meer dauert fort. Die italienische Regierung droht daher mit energischen Maßnahmen. — Die türkische Wirtschaft wird von

Neuem illustriert durch die Meldung, daß auf dem türkischen Telegraphenamt abermals Unregelmäßigkeiten entdeckt wurden. Es handelt sich, wie erst vor Kurzem, um den Verkauf und Verrath von amtlichen Telegrammen an eine fremde Macht und gleichzeitig um große Unterschlagungen von Geldern. — Aus Macedonien kommen wieder schwere Anklagen gegen die türkischen Beamten. Seit Beginn der „Reformära“ sollen dort etwa 4000 Menschen verhaftet worden sein, von denen sich weit über die Hälfte losgekauft hätten. Auf 1500 wird die Zahl der noch im Gefängnis Sitzenden, meist christlichen „Verdächtigen“ geschätzt.

In Marokko ist also der Sultan Abdul Aziz anscheinend wieder Herr der Situation; die Gerüchte von der Gefangennahme des Prätendenten sollen indessen unbegründet, dieser vielmehr entkommen sein.

Die Kronprinzessin Luise von Sachsen

soll, wie aus Dresden gemeldet wird, ihr Scheidungsgesuch zurückgezogen haben; es könne sich daher bei dem ganzen Prozesse nur noch um Trennung der Ehe handeln. Bis zur Verkündung des Urtheils will sie mit Giron in Mentone verbleiben. Zu dieser Nachricht liegt noch folgende Meldung eines Korrespondenten des „S. Vol.-Anz.“ vor:

San Remo, 2. Februar. Ich fuhr heute auf der Reise von San Remo nach Ventimiglia in dem Abtheil, in dem Erzherzog Leopold Salvator und seine Gemahlin Donna Blanca saßen. Der Erzherzog, ein Vetter der Kronprinzessin Luise, beabsichtigt nicht, mit dieser an der Riviera zusammenzutreffen. Kaiser Franz Josef habe sämmtlichen Erzherzögen, einschließlich derer von Toskana, untersagt, mit der Kronprinzessin zu verkehren, sei es auch in der Absicht, eine Verbindung herbeizuführen. Der Erzherzog hält die Scheidung für unumgänglich, das Gericht in Dresden werde nur die Trennung aussprechen. Er versichert, daß die kaiserliche Familie die Kronprinzessin als nicht mehr lebend betrachte. Alle Vermittlungsversuche würden vergeblich bleiben. Der Erzherzog erklärt weiter, daß er nicht wisse, welchen Namen die Kronprinzessin nach dem Prozesse führen werde; er halte dies auch für belanglos, da die Prinzessin Giron niemals werde heirathen können.

Die Reise der ehemaligen Kronprinzessin von Sachsen zu ihrem Vater nach Salzburg muß unterbleiben, da Kaiser Franz Joseph die Erlaubnis dazu verweigert hat. Die Prinzessin hat, wie wir vermuteten, von der Erkrankung ihres Sohnes, des Prinzen Friedrich Christian, nur durch die Zeitungen Kenntniß erhalten. Beim Anblick der Kunde fiel die Kronprinzessin vor Schreck in Ohnmacht und wird nach den Mittheilungen ihres Arztes mehrere Tage lang das Bett hüten müssen. — Giron erklärte, Bachelal habe ihm gestern aus Genf geschrieben, die deutschen und österreichischen Konsulate in Nizza und Mentone seien angewiesen, das Kind, welches die Prinzessin jetzt unter dem Herzen trägt, nach der Geburt in Obhut zu nehmen. Der Ausführung dieses Befehls würde er (Giron) verzweifeltten Widerstand entgegensetzen.

Kurze Chronik.

Der Prinzregent von Bayern begnadigte den Generalkonjunkt Steub, nachdem dieser 14 Tage seiner auf 3 Monate Festung lautenden Strafe wegen Zweikampfs verbüßt hatte. Herr Steub hatte den Landgerichtsrath Guggenheimer in München wegen Ehebruchs gefordert.

Ein Rencontre mit Wilddieben hatte ein Förster aus Stechow. In der Nähe des Dorfes Semlin erappte er zwei Männer beim Wildern. Der eine von ihnen